



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Herbert Kränzlein, Volkmar Halbleib, Martin Güll, Günther Knoblauch, Reinhold Strobl SPD**

Finanzielle Auswirkungen durch Steuerhinterziehung in Bayern klar benennen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf der Grundlage eigener Erhebungen, Einschätzungen und Bewertungen und auf der Grundlage der für Deutschland vorhandenen Gutachten, Untersuchungen und Expertisen dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen über das aktuelle Volumen, wesentliche Ursachen und Methoden und geeignete Maßnahmen zur Eindämmung der Steuerhinterziehung in Bayern zu berichten.

Begründung:

Die Staatsregierung antwortete auf die Schriftlichen Anfrage „Sozialmissbrauch und Steuerbetrug“ (Drs. 17/781) unter anderem, dass im Zusammenhang mit Sozialmissbrauch keine Daten über Steuerbetrügereien in Bayern erhoben werden, bzw. in diesem Zusammenhang keine Schätzungen über die Dunkelziffern bei den Deliktsfällen und das Ausmaß der hinterzogenen Steuern vorliegen würden. Es gibt aber Expertisen und Gutachten, die zumindest für Deutschland Daten für das Volumen der hinterzogenen Steuern liefern. Die Süddeutsche Zeitung vom 10.03.2014 berichtete in ihrem Artikel „13 Milliarden am deutschen Fiskus vorbeigeschleust“ über das von Experten in einer Studie der Uni Linz geschätzte Ausmaß der Steuerhinterziehung in Deutschland. Daten enthält beispielsweise auch die „Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über konkrete Maßnahmen, auch in Bezug auf Drittländer, zur Verstärkung der Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung“ vom 27.06.2012. Die Staatsregierung sollte sich deshalb zumindest um eine begründete Einschätzung des tatsächlichen finanziellen Schadens, der durch Steuerhinterziehung Jahr für Jahr in Bayern entsteht, bemühen und darüber dem Landtag berichten. Das würde dazu beitragen, die Diskussion zu versachlichen und Handlungsnotwendigkeiten und Handlungsoptionen in geeigneter Weise aufzuzeigen.